

Zusammenfassung EFFAT-Stellungnahme für das F2F Training 3-4 März

Für eine erfolgreiche EU-Strategie “Vom Erzeuger zum Verbraucher”

Nur wenn die ArbeitnehmerInnen respektiert werden und menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewährleistet sind, kann sich die “Vom Erzeuger zum Verbraucher” Strategie (F2F) einem nachhaltigen Lebensmittelsystem annähern. ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften müssen befähigt werden, sich einzubringen, sie müssen angehört und bei der Entwicklung eines solchen Systems beachtet werden.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Nachhaltigkeit in ökologische und soziale Überlegungen umgesetzt wird.

Die F2F-Strategie muss eine kohärente langfristige Vision für die Lebensmittelkette von der Landwirtschaft, der Lebensmittelproduktion, der Verarbeitung, dem Vertrieb, dem Einzelhandel und dem Konsum, einschließlich des Gastgewerbes, entwickeln.

EFFAT fordert daher:

Eine Gemeinsame Agrarpolitik, die sozial konditioniert ist

Laut der Kommission wird die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) bei der Erreichung der Ziele der F2F-Strategie eine wichtige Rolle spielen. Die Vorschläge der Kommission für die GAP nach 2020 beinhalten die Verpflichtung, dass mindestens 40 % des Gesamtbudgets für Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden. EFFAT glaubt, dass der laufende Reformprozess auch die Gelegenheit sein sollte, die GAP sozialer zu gestalten.

EFFAT fordert eine soziale Agrarpolitik, die europäische Subventionen nur an Betriebe verteilt, die die geltenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und/oder Arbeitgeberpflichten einhalten, die sich aus einschlägigen Tarifverträgen und dem internationalen, EU- und nationalen Sozial- und Arbeitsrecht ergeben.

Bekämpfung von Ungleichgewichten, die gefährdete Akteure in der gesamten Nahrungskette betreffen

Damit die F2F-Strategie erfolgreich sein kann, muss sie den Ungleichgewichten und Verzerrungen in der Lebensmittelkette entgegentreten, indem sie deren schwächsten Akteuren, nämlich den Beschäftigten in der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung und im Gastgewerbe sowie den Kleinbauern, Schutz bietet.

Wenn zudem der Druck von Einzelhändlern und Lebensmittelriesen ungebremst bleibt und kein existenzsicherndes Einkommen für die Beschäftigten in der Landwirtschaft gewährleistet ist, werden die ländlichen Gebiete weiterhin verlassen und die Landwirte werden sich weiterhin für nicht nachhaltige Anbaumethoden entscheiden, um ihre Gewinnspannen zu erhöhen. In einigen EU-Mitgliedstaaten hat dies bereits relevante Auswirkungen in Form von Bodendegradation sowie Luft- und Wasserverschmutzung.

EFFAT fordert:

- Eine zügige Umsetzung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken
- Die Aufnahme von verbindlichen Umwelt- und Sozialkriterien in das EU-Wettbewerbsrecht

Schutz vor dem Einsatz von schädlichen Pestiziden und Düngemitteln

Eines der erklärten Ziele der F2F-Strategie ist es, den Einsatz und die Risiken von chemischen Pestiziden sowie von Düngemitteln und Antibiotika deutlich zu reduzieren. EFFAT erinnert daran, dass der Einsatz dieser Produkte nicht nur für die Umwelt und die Verbraucher gefährlich ist, sondern auch für die Arbeitnehmer. Sie müssen u.a. durch umfassende Informationen über den Einsatz und die damit verbundenen Gefahren im Zusammenhang mit dem Einsatz von Pestiziden geschützt werden, sie müssen mit Schutzausrüstung und Schulungen ausgestattet werden.

Die Maximierung des Shareholder Value in der gesamten Lebensmittelkette in Angriff nehmen

Die Dynamik, die sich aus der Macht der Finanzinvestoren in der Lebensmittelversorgungskette ergibt, verzerrt die Hauptfunktion des Agrar- und Ernährungssektors, die darin besteht, möglichst viele Menschen auf ökologisch und sozial nachhaltige Weise mit nahrhaften und hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen.

Finanzinvestoren sollten für die Auswirkungen ihrer Finanzaktivitäten auf die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Umwelt haftbar gemacht werden. Lösungen zur Bekämpfung der Auswirkungen kurzfristiger Finanzinteressen entlang der gesamten Nahrungskette sind dringend erforderlich und sollten eine Regulierung der Finanzmärkte, die Stärkung der Arbeitnehmerrechte im Gesellschaftsrecht und strengere Kartellmaßnahmen umfassen.

Anpassung der internationalen Handelspolitik der EU an die Ziele des Green Deal und der F2F-Strategie

Die Kohärenz zwischen den verschiedenen EU-Politiken, hier insbesondere zwischen dem EU-Green Deal / der "Vom Erzeuger zum Verbraucher"-Strategie und dem internationalen Handel muss sichergestellt werden.

Freihandelsabkommen sollten die Landwirtschaft, die Lebensmittelindustrie und das Gastgewerbe in der EU niemals einem unlauteren Wettbewerb aussetzen, der negative Folgen für die ArbeitnehmerInnen in Bezug auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Beschäftigung hat. Die Achtung der Arbeitnehmerrechte sollte ein wesentliches Element aller Handels- und Investitionsabkommen darstellen, und die Ratifizierung und Umsetzung der IAO-Kernübereinkommen muss eine Vorbedingung für Handelsverhandlungen und -abkommen sein.

Einführung einer verpflichtenden menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht auf EU-Ebene

Kinderarbeit sowie brutal ausbeuterische Arbeitsbedingungen auf Farmen und Plantagen von Kaffee, Kakao, Tee, Zuckerrohr, Obst und Gemüse, Fischverarbeitung, um nur einige zu nennen, sind innerhalb der EU und weltweit immer wieder anzutreffen.

EFFAT fordert eine europäische Richtlinie zur verpflichtenden menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht und zu verantwortungsvollem Geschäftsgebaren, die die Aktivitäten von Unternehmen und ihre Geschäftsbeziehungen, einschließlich ihrer Liefer- und Untervergabeketten sowie Franchise-Systeme auf europäischer und globaler Ebene umfasst. Unternehmen sollten für die Auswirkungen ihrer Tätigkeiten entlang der Lebensmittelkette innerhalb der EU und weltweit zur Verantwortung gezogen werden.

Die Digitalisierung sollte niemanden zurücklassen

EFFAT ist der Meinung, dass sich die F2F-Strategie auch mit der digitalen Revolution entlang der Lebensmittelkette befassen muss. EFFAT fordert, dass eine neue Technologie genutzt werden sollte, um Arbeitsplätze sicher zu machen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Technologie sollte allen Arbeitnehmern/innen zugute kommen und nicht nur als Werkzeug zur Gewinnsteigerung dienen.

Da die aktuellen Technologien und Prozesse veraltet sind, werden neue Fähigkeiten benötigt. Es wird daher zwingend notwendig sein, erhebliche Ressourcen in Bildungs- und Umschulungsprogramme für ArbeitnehmerInnen sowie in neue grüne Technologien und die Kreislaufwirtschaft zu investieren, um neue, nachhaltige Arbeitsplätze in den EFFAT-Sektoren zu schaffen. In dieser Hinsicht ist eine erhebliche Aufstockung der EU- und nationalen Mittel für Ausbildung und lebenslanges Lernen erforderlich.

Förderung eines verantwortungsvollen Lebensmittelkonsums, um die Ausbeutung von ArbeiterInnen zu bekämpfen

Es ist dringend notwendig, das Bewusstsein der Verbraucher für die schädlichen Auswirkungen von zu niedrigen Lebensmittelpreisen auf Menschen- und Arbeitnehmerrechte zu schärfen; zu erklären, dass Qualität und Ethik auch ihren Preis haben. Die Sensibilisierung der Verbraucher kann auch den Druck, die Lebensmittelpreise niedrig zu halten, begrenzen, der heute durch die Konkurrenz von Billig-Discountern noch verschärft wird.

EFFAT fordert, dass der EU-Rechtsrahmen zur Lebensmittelkennzeichnung die soziale Dimension der Nachhaltigkeit integrieren muss. Der Prozess vom Anbau, der Ernte, der Verarbeitung und der Lieferung an den Verbraucher ist lang und verursacht Kosten in der gesamten Kette. Daher muss für die Verbraucher Transparenz über die Kosten und den Nutzen jeder Stufe der Lebensmittelkette gewährleistet sein. Nur so kann ein wirklich nachhaltiger Lebensmittelkonsum erreicht werden.

Das "Servier-Personal" nicht vergessen - ArbeitnehmerInnen im Gastgewerbe sind wichtig

EFFAT ist der Meinung, dass die F2F-Strategie eine Gelegenheit sein sollte, die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der ArbeitnehmerInnen im Gastgewerbe zu verbessern, einschließlich der Plattformarbeiter wie Essenslieferanten und ArbeitnehmerInnen, die in der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften beschäftigt sind. Der Sektor ist von großen Herausforderungen wie prekärer Arbeit und der fortschreitenden Ausbreitung der Plattformökonomie betroffen.

Um "gerecht" zu sein, braucht der Übergang eine angemessene Finanzierung

Das zugewiesene Budget, um die ehrgeizigen Ziele des EU-Green Deals zu erreichen, ist unzureichend. Gleiches gilt für den Just-Transition-Mechanismus: Die veranschlagten Summen werden sich als völlig unzureichend erweisen, um die Folgen der erwarteten Transformation sozialverträglich zu bewältigen.